



**Volker Mayer-Lay MdB**

## Bericht aus Berlin – Nr. 08 vom 18. März 2022

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

als ich Ihnen vor vier Wochen den letzten Bericht aus Berlin sandte, konnten wir alle noch nicht ahnen, wie sehr sich unsere Welt in dieser Zeit verändern würde. Die schlimmsten Befürchtungen, die ich bereits im vergangenen Herbst angesichts des schon damals erkennbaren russischen Truppenaufmarsches an der Grenze zur Ukraine geäußert hatte, sind wahr geworden, und es tobt wieder ein **schrecklicher Krieg mitten in Europa**. Dabei waren wir seit vielen Jahren von der Hoffnung getragen, dass so etwas in der heutigen Zeit und insbesondere in Europa nicht mehr möglich sei. Nachdem der militärische Plan Vladimir Putins, in einer Art „Blitzkrieg“ die Ukraine zu überrollen und mit der Installierung einer Marionettenregierung Fakten schaffen zu können, augenscheinlich gescheitert ist, hat der Krieg leider eine neue, noch schlimmere Qualität angenommen. Um die tapferen Ukrainischen Verteidiger mitsamt der gesamten Bevölkerung zu demoralisieren, werden nun **gezielt zivile Ziele – darunter auch Schulen, Krankenhäuser und Wohnblocks – angegriffen**. Präsident Putin entwickelt sich mehr und mehr zum Kriegsverbrecher. Umso bedeutender ist es, dass die gesamte westliche Welt mit einer Stimme spricht und das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine klar verurteilt. **Die harten Sanktionen und Ausschlüsse Russlands aus der Staatengemeinschaft** und die Lieferung von Verteidigungswaffen sind dabei nur ein Ausdruck unseres Handelns. Und es muss bei diesem klaren Handeln gegenüber Russland bleiben. **Ich kritisiere jedoch die „Ampel“-Regierung und insbesondere Kanzler Scholz für die träge Reaktion, die in der ganzen Welt als Deutsches Zögern und Zaudern wahrgenommen wurde**. Das größte und wirtschaftlich stärkste Land der EU muss – wie wir das aus Zeiten unter Unions-Kanzlerschaften kennen, Führung innerhalb der Staatengemeinschaft übernehmen.



Die **drastischen Sanktionen treffen natürlich auch unsere Wirtschaft und damit unser aller Geldbeutel hart**. Insbesondere wirkt sich jetzt unsere selbst verschuldete Abhängigkeit von russischem Öl und Gas auf dem Energiemarkt aus. Die CDU/CSU-Fraktion hatte bereits vor Kriegsbeginn Steuersenkungsanträge für Energie im Parlament gestellt, um **die Wirtschaft nicht abzuwürgen und insbesondere Privathaushalte finanziell zu entlasten**. Die Ampel steuert erst jetzt mit halbgaren „Gutscheinlösungen“ nach. **Auch hier: Zu wenig! Zu langsam!**



Bei all der nachvollziehbaren Wut, die wir empfinden, wenn wir die schrecklichen Bilder und das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine sehen, muss uns immer gewahr bleiben, **dass dies der Krieg Vladimir Putins und nicht des russischen Volkes ist. Verunglimpfungen von russisch-stämmigen Menschen in Deutschland verurteile ich daher zutiefst!** Der Konflikt in der Ukraine hat sich auch zu einem *weltumspannenden Propagandakrieg* entwickelt: Gerade in den sozialen Netzwerken finden sich verschiedenste Ansätze und Kriegsschuldzuweisungen, die in der momentan Situation schwer erträglich sind. Um mir ein umfassendes Bild zu machen greife ich daher auf verschiedenste Quellen zurück. Dazu gehört auch eine aus der Ukraine stammende Familie, die in Überlingen am Bodensee lebt. Ich bin mit Familie Zhelevynskyy, insbesondere dem 19 Jährigen Stanislaw, in regelmäßigem Austausch und erfahre somit Hintergründe über die Situation in der Ukraine, sowohl zur militärischen als auch zur humanitären Lage. So habe ich mich beispielsweise in der letzten Woche auch persönlich mit Stanislaw und Gennady Zhelevynskyy getroffen, die beide ihre größten Befürchtungen dahingehend geäußert haben, dass Putin im Falle eines Erfolges in der Ukraine weitere Ziele, wie die Republik Moldau, ins Auge fassen könnte. Auch ich teile diese Besorgnis und sehe auch mit großen Bedenken das Interesse Russlands an den baltischen Staaten, die bereits NATO Mitglieder sind.



Eine weitere Folge des Krieges bekommen wir in Deutschland ebenfalls direkt zu spüren – die **zahlreichen Kriegsflüchtlinge, die natürlich in unserem Land willkommen sind und denen wir gerne helfen**. Dabei ist es ein großes Versäumnis, dass die vielen Menschen – vor allem Frauen und Kinder – nicht ordentlich registriert werden. Das eröffnet moralisch fragwürdigen Wohnungsvermittlern und im schlimmsten Fall auch Menschenhändlern Möglichkeiten. **Der Deutsche Staat muss diese Frauen und Kinder schützen!** Das Innenministerium scheint noch gelähmt von den Ereignissen. Auch würde die Hilfe an den Bahnhöfen ohne die vielen ehrenamtlichen Helfern und privaten Organisationen nicht funktionieren, **der Staat hat hier versagt**.

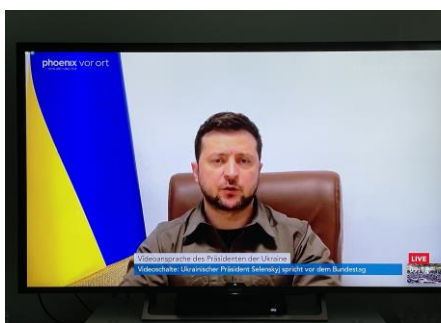
Für mich war es ein Herzensanliegen, einen gemeinsam mit guten Freunden initiierten **Hilfskonvoi aus der Bodenseeregion nach Breslau** zu verbringen, und so vor Ort Einblicke in Organisation der Ukraine-Hilfe zu bekommen. Wir starteten am sehr frühen Donnerstagmorgen vom Bodensee in Richtung Breslau in Polen, um dort die gesammelten und gespendeten Hilfsgüter an einer zentralen Sammelstelle abzuliefern. Von dort werden diese dann zu kleinen Hilfspaketen für ankommende Flüchtlinge geschnürt oder zum Transport in die Ukraine umgeladen und dann weiterverteilt. Im Gegensatz zu vielen anderen Hilfslieferungen konzentrierten wir uns, neben den am dringendsten benötigten Dingen wie Hygieneartikeln oder Babynahrung, auch auf Dinge, wie Batterien, Taschenlampen und ähnlichem. **Mein Dank gilt unter anderem dem Klinikum Friedrichshafen und dem Helios Spital Überlingen für Babynahrung und Medizinische Güter. Unten: einige Eindrücke aus Breslau.**



Bei dieser Gelegenheit wurden wir in den Räumlichkeiten der **Gewerkschaft Solidarnosc**, die ein nicht unwesentlicher Faktor des Falls des Eisernen Vorhangs vor über 30 Jahren war, durch eine Vertreterin der St.-Hedwig-Stiftung (Dortmund-Breslau-Lemberg) empfangen. Die ehemalige Stadtverordnete, Frau Zawada, sitzt zudem im Krisenstab der Stadt Breslau, die nun auf rund 700.000 Einwohner noch an die 200.000 Flüchtlinge unterzubringen versucht. Die Einblicke in die Organisation vor Ort wurden noch abgerundet durch einen Abstecher zum Hauptbahnhof, wo die Flüchtlingsströme ankommen.



**Rechts: Bei der Solidarnosc in Breslau**



Da ich mich leider selbst mit dem Corona-Virus infiziert habe, **war es mir leider nicht möglich, in dieser Sitzungswoche nach Berlin zu reisen**. Den Ausschüssen konnte ich aber digital beiwohnen, die Parlamentsdebatten verfolgte ich über den Bundestagskanal. Durch die Möglichkeiten des Homeoffice litt meine Arbeit daher – trotz unangenehmer Krankheits-symptome – kaum. Die historische Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj verfolgte ich vor dem heimischen TV. Die aufrüttelnden Worte, insbesondere an Kanzler Scholz, dem er fehlende Führerschaft vorwarf, hätten eine anschließende Debatte verdient gehabt. Ohne Kommentar einfach zur Tagesordnung überzugehen, war der Lage des Ukrainischen Volkes nicht angemessen und zeugte von **wenig Fingerspitzengefühl der Ampel-Frak-tionen**.

### Kein klarer Kurs bei der Coronapolitik erkennbar

Es zeigt sich leider immer wieder aufs Neue – die Coronapolitik der Ampel-Koalition lässt sehr zu wünschen übrig. **Immer wieder kommt es hier zu massiven Fehleinschätzungen, oftmals trifft man Entscheidungen und lässt dann die Bundesländer mit der Umsetzung allein**. Das wird insbesondere in der aktuellen Situation deutlich. Erst wird beschlossen, die allermeisten Corona-Beschränkungen zu einem fixen Datum (zum 20.03.) aufzuheben und nun ist es wieder einmal Aufgabe der einzelnen Bundesländer, dies aufgrund von immer neuen Rekordzahlen bei den Neuinfektionen zu verschieben. Die Coronapolitik der Bundesregierung muss endlich zielführend werden, am besten, wie von der Union gefordert: Vorsichtig bleiben, Vorsorge treffen und mehr Tempo beim Impfen – ohne eine Impfpflicht! Diesbezüglich habe ich – wie nun auch die CDU/CSU-Fraktion **eine klare Meinung**. Ich persönlich habe bereits der Einführung der berufsbezogenen Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen Ende vergangenen Jahres nicht zugestimmt sondern mich der Stimme enthalten. Eine getrennte Abstimmung, bei der ich die Impfpflicht mit meiner Nein-Stimme abgelehnt hätte, war leider nicht möglich. Für meine kritische Haltung gegenüber einer Impfpflicht waren und sind Bedenken aus verschiedenen Bereichen ausschlaggebend. So sehe die Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht jedweder Ausprägung kritisch und habe starke rechtliche und gesellschaftspolitische Bedenken diesbezüglich. Auch ist es meiner Meinung nach nicht möglich, jetzt eine prophylaktische Impfpflicht zu beschließen. **Kurz – ich lehne eine Impfpflicht weiterhin ab!**